

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet über die Seite des Kreisverbandes der LINKEN
<https://www.dielinke-mittelsachsen.de>

Mittelsächsische LinksWorte

13. SEPTEMBER 2022 NR. 176 16. JAHRGANG



Blick auf die Stadt Leisnig. Rechts die 1000jährige Burg Mildenstein, links die Stadtkirche St. Matthäi und Gebäude der Altstadt. Erhaben ruht die Altstadt auf einem gewaltigen Porphyrfelsen über dem Ufer der Freiburger Mulde. In unmittelbarer Nähe zur Stadt befindet sich wenige Kilometer muldenaufwärts das ehemalige Zisterzienserkloster Buch. Die Burg Leisnig - wie sie ursprünglich genannt wurde - gehört zu den ältesten Burgen Sachsens. Der spätere Kaiser Barbarossa erhob sie im Jahr 1158 zur Reichsburg. Erhalten bis heute sind die romanische Kapelle und der Bergfried aus dem 12. Jahrhundert. Im Jahr 1993 wurde Burg Mildenstein vom Freistaat Sachsen übernommen.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BERICHTET:

VON DEN DREI REGIONALKONFERENZEN DER
MITTELSÄCHSISCHEN LINKEN

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION ZUM START DES NEUEN
LANDRATES

3. ANGEKÜNDIGT:

DER HEISSE HERBST FÜR SOZIALERE
POLITIK IN DER ENERGIEKRISE

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & aktuell informiert
4	titelthema 1: resümee der regional-Konferenzen
5	vermishtes
6	titelthema 2: aus der kreistagsfraktion
7	unsere serie - immer auf seite -7- „linksworte“ septemberausgabe 2008
8	titelthema 3: der „heiße herbst“
9	debatte: zukunfts wende ohne plan
10	unsere serie zur politischen bildung: beitrag -79-: energiekrise - konsum- und Wegwerfgesellschaft am scheideweg
11	kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
12	termine & querebet & trauer

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist Mittwoch, der 19. Oktober 2022. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 12. Oktober. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem wir im August ausgesetzt haben, kommt heute die aktuelle Ausgabe der LinksWorte für den September. Während im Juli die Auswertung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Mittelsachsen und des Bundesparteitages der LINKEN in Erfurt dominierte, bestimmt inzwischen ein anderes Thema das Geschehen mehr und mehr: Die soziale Schieflage, in welche unser Land mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der in diesem Zusammenhang verhängten Sanktionen schlittert. Noch ist Spätsommer und die Lage nicht dramatisch, aber das dicke Ende kündigt sich an. DIE LINKE hat sich, wenn auch mit widerstreitenden Auffassungen im Detail, zu den wichtigsten Forderungen an die Regierung positioniert. Wir haben dem bevorstehenden „heißen Herbst gegen soziale Kälte“, zu dem unsere Forderungen auf die Straße getragen werden sollen, das heutige Titelthema -3- gewidmet. Der August ist - bedingt auch durch die Sommerferien an den Schulen - der Urlaubsmonat schlechthin. Unsere langjährige Landtagsabgeordnete Jana Pinka aus Freiberg war regelmäßig auf Sommertour in ihrer Heimatregion. In diesem Jahr fanden - organisiert vom „Team Tändler-Walenta“ - drei Regionalkonferenzen statt. Dazu eingeladen waren die Kreistags-Stadtrat- und Gemeinderäte der LINKEN. Ziel der Beratungen war es, nach den Jahren der Pandemie wieder zum persönlichen Austausch von Erfahrungen zu kommen. Die LinksWorte waren bei allen drei Beratungen dabei und berichten im Titelthema -1- darüber.

Auch der mittelsächsische Kreistag hatte Sommerpause. Über die vergangene Kreistagssitzung vom 6. Juli haben wir in unserer Juli-Ausgabe berichtet. Zu seiner nächsten Beratung mit dem neuen Landrat Dirk Neubauer kommt der Kreistag am 28. September zusammen, darüber berichten wir aus der Sicht der Linksfraktion im Oktober. Der Vorsitzende der Linksfraktion, unser Redaktionsmitglied Gottfried Jubelt, informiert über den Start des von der LINKEN unterstützten neuen parteilosen Landrates Dirk Neubauer. In unserer Serie zur Historie der LinksWorte „Was passierte vor 14 Jahren“ steht heute die September-Ausgabe des Jahres 2008 im Mittelpunkt. Viel ist gegenwärtig von der „Zeitenwende“ die Rede, die Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung zur Ukraine angekündigt hat. Dabei hatte er vor allem die deutsche Sicherheitspolitik im Auge und verkündete ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Aber die Zeitenwende ist auch eine Zukunftswende, die alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens betrifft. Die Beiträge des Flöhaer Oberbürgermeisters Volker Holuscha auf Seite -9- und von Achim Grunke in unserer Serie zur politischen Bildung und Information auf Seite -10- widmen sich dieser Frage. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie allmonatlich eine interessante und anregende Lektüre der LinksWorte.

meine meinung zum weltfriedenstag

von JÖRG HOMMEL

Vorsitzender des Ortsverbandes Frankenberg, Kreisrat

Es gal, ob der katholische Weltfriedenstag am 1. Januar, der 1. September als Antikriegstag in der BRD oder der 21. September als Friedenstag der Vereinten Nationen: Alle diese Termin sind der hehre Wunsch der Menschen nach Abwesenheit von Krieg. Nicht erst seit dem 24. Februar diesem Jahres hat sich dieser Wunsch wieder verstärkt, auch bei uns in Mittelsachsen. Aber seit Jahren wird dem von den kapitalistischen Eliten dieses Landes aktiv entgegengearbeitet. In der Gesellschaft wird ein Bild geprägt, von dem man verwirrt und irritiert wird. Die Quintessenz ist dann immer: „Dagegen kann man eh nichts machen“. Hauptsache, ich habe meine Arbeit, mein Geld, meine Wohnung etc., lass mich in Ruhe. Ja sicher! Nur wird man all dieser Sachen stetig Stück für Stück entledigt, sei es durch Reallohnkostensenkung, Inflation, Preissteigerungen oder direkten (Arbeits)Verlusten, wie auch vieles mehr. Ja, und die anderen wollen auch nur Ihre Ruhe und ihren Frieden, nur gönnen wir ihnen diesen nicht. Wir dulden Rüstungsexporte, dulden das Agieren der Bundeswehr und der NATO-Truppen, der US-Truppen in diesem Land und deren Expansion überall in die Welt. Zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen in die Rüstung investiert werden, weitere 100 Mrd. zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden, 20 Mrd. Euro für Munition werden noch beplant usw. usf. Mit der Bombardierung von Kunds wurden angeblich deutsche Werte am Hindukusch verteidigt. Die Demokratie von Deutschland wird mit deutschen Waffen bis zum Endsieg in der Ukraine verteidigt. Dabei spielt auch die eigene Wählerschaft der politischen gewählten Kaste keine Rolle mehr. Warum müssen eigentlich 5000 Krieger oder mehr aus Deutschland innerhalb einer Woche weltweit einsatzbereit sein? Ach ja, wegen der Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit. Damit man China, Russland oder wen auch immer in die Grenzen weisen kann. Wie, wenn man wieder mal mit der Fregatte „Bayern“ besetztes Land der Garcia Inseln anlaufen kann und von wertebasierten Regeln faselt. Solche stolzen Wettiner mit ihrem Schwert sitzen auch bei uns in Frankenberg/Sa. und zelebrieren den Tierschutz für Mungos, Geparten, Luchse und Leoparden. Mehr ist von grünem Klima und Tierschutz nicht mehr übrig. Und die fressen die Energie in Form von Diesel, Öl und KWh, dass es auf keine Kuhhaut geht. Aber wie kam es dann nur zu so einer langen Periode von fast 50 Jahren ohne Krieg in Europa, was wurde denn da getan? Angefangen hat es sicher mit der Aussage unserer Groß- und Urgroßeltern „Lieber Wasser und trocken Brot essen, als je wieder einen Krieg zulassen!“. Dann gab es edle Menschen, die meinten, einen Schwur von Buchenwald abzulegen und danach zu leben. Sie wollten andere überzeugen, dieses ebenso zu tun. Es gab Kampagnen von Menschen gegen die Wiederbewaffnung in der BRD oder gegen die Gründung der Bundeswehr. Riesige Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss bildeten einen Höhepunkt im Kalten Krieg. In der DDR wurde die biblische Redewendung „Schwerter zu Pflugscharen“ zum Symbol staatsunabhängiger Abrüstungsinitiativen als Pendant zu westlichen Abrüstungsinitiativen. Der Aufnäher war in der DDR offiziell verpönt, obwohl die Sowjetunion 1959 der UNO eine Bronzeskulptur mit dem gleichen Motiv schenkte. Resümee: Unser Leben - man kann nix tun - nur Frieden!

bei anderen gelesen

Von **ADAM BEDNARSKY**
Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig

Vor der Leipziger Oper wehen rote Fahnen mit dem DIE LINKE-Logo und Gregor Gysi ruft auf den mit knapp 5.000 Menschen gefüllten Platz: „Ich freue mich, dass meine Partei noch solche Demonstrationen organisieren kann.“ Wir haben es vollbracht, der heiße Herbst unserer Partei ist mit einer kraftvollen und lauten Demo eingeläutet. Die tolle Kulisse von Leipzig gibt Kraft und Mut, sie hat bewiesen: Gemeinsam können wir viel bewegen. Das Gemeinsame lässt sich bereits an den RednerInnen ablesen. Vorgestern standen der Leipziger Bundestagsabgeordnete und Anmelder der Demonstration in Leipzig, Sören Pellmann, und Martin Schirdewan in Erfurt noch auf einem Wahlzettel für den Parteivorsitz. Heute begrüßt Sören den neuen Parteivorsitzenden Martin mit den Worten: „In Erfurt noch nebeneinander, heute in Leipzig miteinander“. Sportlich verwertet unser Parteivorsitzender diesen Steilpass und räumt mit der Chaos-Krisenpolitik der Ampelregierung ab. Die neue Geschlossenheit wird komplettiert durch die Co-Vorsitzende der LINKE-Bundestagsfraktion, Amira Mohamed Ali und in puncto Parteiprominenz durch den Hauptredner des Abends, Gregor Gysi, vollmundig abgerundet. Wann haben wir es außerhalb von Wahlkämpfen in jüngerer Vergangenheit vermocht, so einmütig auf einer Veranstaltung für unsere gemeinsame Sache zu streiten? Dieses Bild, dieses Verständnis muss unser einender Faden für den harten politischen Kampf der Zukunft sein: Schluss mit den internen Reibereien! Wir sind aktionsfähig! Wir können mobilisieren! Wir können die Republik bewegen! Wir werden gebraucht – gerade jetzt! ...

War der Montagstermin ein Fehler? Ganz gewiss nicht. Zunächst hat er dafür gesorgt, dass wir die mediale Aufmerksamkeitsschwelle überschritten haben. Dann war der inhaltliche Bezug durch den Ostbeauftragten Sören Pellmann sehr klar kommuniziert: „Wir brauchen neue Montagsdemos im Osten wie damals gegen Hartz IV.“ Dass sich das in der weiteren medialen Kommunikation verselbstständigt hat, liegt in der medialen Natur der Sache. Vielleicht waren viele von der Dynamik dieses Satzes überrumpelt. Es blieb aber festzustellen, dass gerade auch im außerparlamentarischen, linken Spektrum von Leipzig die Einsicht überwog, dass wir den Montag nicht kampfflos den Nazis überlassen – weder inhaltlich bezogen auf den sozialen Protest, noch in der Aktionsform mittels Demonstrationen. Sehr wahrscheinlich hat die Berichterstattung vor der Demonstration am 5. September demobilisierende Wirkung bei betroffenen bürgerlichen Schichten gehabt. Umso wichtiger war der tatsächliche Verlauf. Die – von einigen – befürchteten negativen Demo-Bilder von uns gab es nicht. Leider sind demonstrierende Nazis Alltag, selbst in einer Stadt wie Leipzig. Daraus muss nunmehr folgen, dass wir die Nazis nicht nur blockieren, sondern selbst politische Angebote setzen, welche die berechtigte Empörung der Bevölkerung aufgreifen. Die beste Aktionsform bleibt: gemeinsamer, sozialer und antifaschistischer Protest. indem wir weitere kraftvolle Aktionen organisieren, am besten an jedem Wochentag. ...

dauerthemen soziale sicherheit und rente

Wer die Webseite der LINKEN öffnet, findet auf der Startseite die folgenden drei Rubriken



Die Forderungen der LINKEN zur sozialen Sicherheit

1. Öffentliche Einrichtungen ausbauen, die allen nützen und von allen genutzt werden können: gebührenfreie Bildung von Kita bis Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. ÖPNV ausbauen und für Nutzende kostenfrei machen. Öffentliche Schwimmbäder und Bibliotheken ausbauen.
2. Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen: Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die gute, tariflich bezahlte Arbeitsplätze schafft statt Niedriglöhne zu fördern.
3. Die Arbeitslosenversicherung muss den Lebensstandard sichern: Arbeitslosengeld I soll länger gezahlt werden und mehr Beschäftigte sollen Anspruch darauf haben. Im Anschluss daran wird wird beitragsfinanziertes Arbeitslosengeld Plus gezahlt, das sich am vorherigen Nettolohn orientiert. Kein Absturz in die Armut!
4. Umbau der Rentenversicherung zu einer Solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbständige, Beamte, Politiker*innen und Manager*innen. So können wir eine gute Rente für alle finanzieren mit höhere Bezügen und früherem Renteneintritt.
5. Niemand darf weniger als 1.200 Euro zum Leben haben. Das ist das Mindesteinkommen, das vor Armut schützt und das in der Grundsicherung, in der Rente, auch in der Kurzarbeit abgesichert werden muss.
6. Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.200 Euro statt Hartz IV: Ein individueller Anspruch (statt Bedarfsgemeinschaften) schützt die Menschenwürde und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können. Die Mindestsicherung darf nicht gekürzt werden („sanktionsfrei“).
7. Eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von rund 630 Euro sichert die Lebenschancen aller Kinder.

Die Forderungen der LINKEN zur Rente

1. Rentenniveau erhöhen: Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard sichern. Als Sofortmaßnahme wollen wir das gesetzliche Rentenniveau auf 53 Prozent anheben.
2. Rentenalter absenken: Beschäftigte müssen ab 65 abschlagsfrei in Rente gehen können, sowie mit 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren. Keine Arbeit bis zum Umfallen! Keine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze!
3. Schluss mit der Altersarmut: Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro.
4. Zugang zu Erwerbsminderungsrente erleichtern. Wer durch Erwerbsarbeit krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu fürchten haben. Die Rentenabschläge wollen wir komplett streichen.
5. Niedriglohnssektors abschaffen. Nur anständige Löhne führen zu guten Renten.
6. Eine Rentenversicherung für alle: wir machen sie zu einer Solidarischen Erwerbstätigenversicherung.
7. Beitragsbemessungsgrenze anheben: Wer 10.000 Euro im Monat verdient, soll auch für 10.000 Euro Beiträge zahlen. Rentenansprüche über dem doppelten des Durchschnittsniveaus sollen dabei abgeflacht werden.
8. Solidarausgleich für Niedriglöhne: Zeiten niedriger Löhne gleichen wir aus. Die von der Bundesregierung beschlossene sogenannte Grundrente greift hier zu kurz. Wir wollen die Rente nach „Mindestentgeltpunkten“ auch für Zeiten nach 1992 einführen und verbessern.
9. Besser Anerkennung von Kindererziehungszeiten. Pflegezeiten und Erwerbslosigkeit: Diese Zeiten dürfen nicht dazu führen, dass die Betroffenen im Alter arm werden. Deswegen wollen wir einen Ausgleich aus Steuermitteln.
10. Gesetzliche Rente stärken statt Versicherungskonzern: Von der Riesterrente profitiert nur die Versicherungswirtschaft. Deshalb wollen wir die staatliche Riester-Förderung in einen Bundeszuschuss für die gesetzliche Rentenversicherung umwandeln.

die drei regionalkonferenzen der mittelsächsischen linken im august

Der „heiße Herbst“ deutete sich bereits zu den drei Regionalkonferenzen an, welche der Kreisverband im August durchführte. Auf Einladung der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta fanden drei Regionalkonferenzen am 15. August in Döbeln (im Garten des KL 17), am 17. August in Freiberg (im Hotel „Regenbogenhaus“) und am 18. August in Mittweida (in der Gaststätte „Moritzburg“) statt. Ziel der Beratungen war es, nach den Jahren der Pandemie wieder zum persönlichen Austausch von Erfahrungen zu kommen. Im Mittelpunkt standen dabei kommunalen Fragen aus der Sicht der mittelsächsischen Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte der LINKEN. An den drei Veranstaltungen, die in lockerer Atmosphäre stattfanden und jeweils ein leckeres Grillbuffet beinhalteten, nahmen mehr als 60 Genossinnen und Genossen teil.



Die drei Regionalkonferenzen im Garten des KL 17 in Döbeln (oberes Bild) im Hotel „Regenbogenhaus“ in Freiberg (mittleres Bild) und im Garten der Gaststätte „Moritzburg“ in Mittweida (unteres Bild) waren von einer lockeren Atmosphäre geprägt. Dominierendes Thema: Der bevorstehende „heiße Herbst“ in Deutschland (siehe dazu auch unser Titelthema -3- auf Seite -8-). Kleinere organisatorische Probleme mussten gelöst werden, da sich nicht alle Teilnehmer der Beratung, wie erbeten, per eMail angemeldet hatten.

Die vom „Team Tändler-Walena“ gründlich vorbereiteten Veranstaltungen fanden bei den mehr als 60 Teilnehmern großen Anklang. Auf dem mittleren Bild ist **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** im Gespräch mit dem in Leisnig mit Unterstützung auch der LINKEN gewählten Bürgermeister **CARSTEN GRAF** und dem Vorsitzenden des Ortsverbandes, **DIETER KUNADT**. Auf dem unteren Bild unterhält sie sich mit Ruth Kretzer-Braun (sie ist auch Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Freiberg) und Johannes Kretzer, die das Hotel „Regenbogenhaus“ vor über 20 Jahren aus der Taufe hoben und es bis heute führen.

„der linke ratschlag“ belebt die debatte der linken

Unter dem Motto „Für eine LINKE des 21. Jahrhunderts“ und mit der eindringlichen Warnung „So darf es nicht weitergehen, sonst geht es nicht weiter“ präsentiert sich seit Anfang März dieses Jahres die Online-Plattform „Der LINKE Ratschlag“. Auf der Startseite erläutern die Autoren ihr Anliegen:

„Das Projekt, das DIE LINKE war und ist, steht auf der Kippe. Dabei wäre es aufregend, mit Leidenschaft, Mut und Offenheit zu klären, was DIE LINKE sein kann, was aus ihr als eingreifende Partei wird.“

Wir finden, dass es eine linke, sozialistische Partei weiterhin braucht. Der Austausch, was DIE LINKE werden kann, hat begonnen. Dazu wollen wir mit dem Aufruf und einem Ratschlag beitragen.

Die 'Ampel' ist gerade dabei, all ihr Pulver zu verschießen, das über den Tag hinaus Zukunft, Gleichheit und Nachhaltigkeit ausstrahlte. Nicht zu erwarten ist von ihr der Einsatz für einen solidarischen Internationalismus, der sich gegen Geopolitik, Aufrüstung und Unterdrückung aus jeder Himmelsrichtung stellt und für ein demokratisch-soziales Europa streitet, das wir so dringend brauchen.

Trotzdem verbleibt unsere Partei in Schockstarre oder verzehrt ihre kostbaren Energien zu oft im Schattenboxen mit sich selbst. Mit einem linken Ratschlag wollen wir Gelegenheit bieten, aus diesem Teufelskreis auszubrechen. Wir haben Stimmen von vielen Ebenen und Ecken der Partei und solchen von außerhalb der Partei eingeladen, um die Art, wie und welche Fragen wir stellen, auf den Prüfstand zu stellen. Wir sammeln kluge Ideen und haben uns vor allem auf die Fahnen geschrieben, ein Entweder-Oder von Sprachlosigkeit und wechselseitigen Schuldzuweisungen zu beenden.

Auch mit Dir und Euch wollen wir ins Gespräch kommen über

- programmatische Knackpunkte,
- eine sinnvolle Parteireform,
- die Strategiefrage und
- die (über)lebenswichtige Frage, wie wir wieder (mehr) Wahlen gewinnen können.

Welche Themen, welche Erfahrungen und Herangehensweisen, welche Fähigkeiten hat DIE LINKE bislang vernachlässigt oder übersehen? Wo hat sie sich verrannt und aus realen Widersprüchen künstliche Gegensätze gezimmert, die unversöhnlich erscheinen? Was muss auf den Prüfstand, was gehört (wieder)entdeckt, was ausgebaut, was verabschiedet? Wir wollen konstruktiv und offen nach vorne diskutieren. Sei dabei!“

Der aktuellste Debattenbeitrag von Horst Kahrs und Udo Wolf steht unter der Überschrift „Der „heiße Herbst“ und die „Montagsdemonstrationen“ und zeichnet ein gänzlich anderes Bild von der aktuellen Lage der Partei wie es der Leipziger Stadtverbandsvorsitzende Adam Bednarsky auf Seite -3- beschreibt.



Lehnt Scholz ab, »weil es nicht im Koalitionsvertrag steht«:

✘ Übergewinnsteuer

Steht nicht im Koalitionsvertrag, kommt trotzdem:

- ✔ 100 Mrd. für Aufrüstung
- ✔ Gas-Umlage

DIE LINKE.

Ausgangsfoto: Inga Kier/photothek/Deutscher Bundestag CC BY-SA 2.0 (durch uns freigesetzt) / Inspiration für diesen Post: Robert Fietzke (@robertfietzke) auf Twitter

neues vom „team tändler-walenta“

neu im team



Mein Name ist **REBECCA LANGE**, ich bin 21 Jahre alt und wohne aktuell in Leipzig, wo ich derzeit meinen Bachelor in Germanistik abschließen und ab Oktober Jura studieren werde. Ursprünglich komme ich aus Beedeln, einem Ortsteil der Gemeinde Seelitz, und bin in Rochlitz zur Schule gegangen. Seit nun fast zwei Monaten arbeite ich mit im Team von Marika Tändler-Walenta. Ich habe über Attila Grafe erfahren, dass sie nach Mitarbeiter:innen sucht und sie dann auf einer Kita-Kundgebung und -Demo in Leipzig kennengelernt. Seitdem kümmere ich mich um das Mittweidaer Büro und unterstütze Marika in der Planung und Organisation von Veranstaltungen und Projekten. Ich freue mich auf das Kennenlernen der Kommunalpolitik aus einer anderen Perspektive und die Zusammenarbeit mit euch allen.

Sensibilisierungsveranstaltung zum Thema „Sexualisierte Gewalt“

Von **REBECCA LANGE**

Sexualisierte Gewalt, ob verbal oder körperlich, ist immer noch ein alltägliches Problem, welches nicht verharmlost werden sollte. Selbst in kleinen, kaum merkbaren Situationen kann eine Bemerkung, ein Blick oder eine anstößige Berührung Unwohlsein hervorrufen. Jeder Mensch sollte in diesen Momenten die Möglichkeit bekommen, Hilfe zu erhalten. Welche Wege es hierfür gibt, wie dieses Problem weiterhin in der Gesellschaft thematisiert wird und worauf jeder achten sollte, möchten wir gern zum Thema einer Veranstaltung machen. Dazu wird für Dienstag, dem 27. September ganz herzlich in die Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34 eingeladen. Ich freue mich über alle Teilnehmenden und würde um eine kurze Rückmeldung unter rebecca.lange@dielinke-mittelsachsen.de oder 0176/83180095 bitten.



Kostenlose Eintrittskarten für das Schwimmbad

von **ATTILA GRAFE**

Die hohen Temperaturen trieben auch in diesem Jahr viele Familien in die Freibäder, durch die gestiegenen Preise ist dies allerdings nicht selten eine finanzielle Belastung. Für uns ist klar, ein Freibadbesuch darf kein Luxus sein, weshalb wir Ende Juli in Roßwein, Döbeln und Leisnig Freikarten verteilten. Zusätzlich konnten wir Sonnenbrillen und andere Materialien an die Familien übergeben.

Die Aktion wurde sehr gut aufgenommen, wir kamen mit vielen Familien ins Gespräch, welche mit uns über ihre Belange und gerade über die Preisanstiege sprachen.

Am 16. August hat der neue Landrat Dirk Neubauer sein Amt angetreten. Bereits 10 Tage später, am 26. August, hat er sich mit den Vorsitzenden der Fraktionen in lockerer Runde ohne Protokoll getroffen. Ausführlich hat er uns erläutert, was er in den ersten Tagen getan hat, um den großen Verwaltungsapparat „Landratsamt“ kennen zu lernen und welche Aufgaben er als Schwerpunkte für die nächste Zeit sieht. Dabei ist auch dem Landrat klar, dass die Inflation, vor allem die explodierenden Energiepreise, keinen Bogen um das Landratsamt machen. Das Amt besitzt und bewirtschaftet ja eine Reihe von Gebäuden. Herr Neubauer hat uns erläutert, welche Maßnahmen geplant sind um die Kosten im Rahmen zu halten. Die Teilnehmer nutzten die Gelegenheit nachzufragen bzw. ihre Meinung zu sagen. Das Treffen war sehr konstruktiv.

Am 31. August fand unter Leitung des neuen Landrates die turnusmäßige Sitzung des Ausschuss Umwelt und Technik statt. Hier kam ihm natürlich seine Erfahrung als Bürgermeister bei der Leitung von Sitzungen zugute. Im öffentlichen Teil ging es hauptsächlich um die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen. Interessant war vor allem die Vorlage für den Kreistag **„Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen für Ausgleichsleistungen für den ÖPNV im Landkreis“**. Vorgesehen ist die zusätzliche Auszahlung von 1,425 Mio. Euro an die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH. Der Mehrbedarf resultiert vor allem aus:

- andauernden coronabedingten Rückgängen der Fahrgastzahlen gegenüber 2019,
- der Einführung stark rabattierter Fahrkarten; hauptsächlich 9-Euro Tickets,
- dem exponentiellen Energiepreisanstieg (nicht nur Diesel) mit unmittelbarer Wirkung
- Den Wirkungen auch auf die Subunternehmen, die demzufolge größere Unterstützung brauchen;

Für die Deckung der zusätzlichen Auszahlung stehen Rückzahlungen von RegioBus aus 2021 in Höhe von ca. 0,985 Mio Euro zur Verfügung, der Rest wird aus vorhandenen Mitteln des Landkreises gedeckt. Das ist möglich, da der Landkreis als Aufgabenträger für den ÖPNV entsprechende Mittel aus dem „Rettungsschirm“ des Bundes dafür beantragen kann.

Über den Ablauf des nichtöffentlichen Teiles kann ich leider noch nicht informieren. Dazu wird es aber im Kreistag am 28. September sehr interessante Diskussionen geben.

Neu ist, dass der Landrat ein Formblatt entwickelt hat, um die Bürgerfragestunden besser vorzubereiten. Das ist bereits im Internet auf der Homepage der Verwaltung veröffentlicht und sollte von interessierten Bürgern genutzt werden. Natürlich besteht auch immer noch die Möglichkeit, zum Kreistag Fragen an den Landrat zu stellen. *(siehe dazu auch den untenstehenden Beitrag unter der Überschrift „Einwohnerfragestunde im Kreistag“)*

Im nächsten Kreistag wird Herr Neubauer als Landrat vereidigt. Wie in der Landkreisordnung festgelegt wird die Vereidigung vom ältesten Kreisrat vorgenommen. Das ist Herr Vivus aus der Fraktion der – Freien Wähler.

Auf dieser Sitzung wird auch der 2. Beigeordnete neu gewählt. Zur Vorbereitung darauf hat unsere Fraktion eine Videokonferenz mit einem Bewerber durchgeführt, der es in die „Endrunde“ geschafft hat. Herr Maes ist aktuell Geschäftsführer einer GmbH. Ich habe jedenfalls nicht so richtig verstanden, warum er aus so einer Position in der „freien“ Wirtschaft in die doch vorhandenen Zwänge der Verwaltung wechseln möchte.

Wir waren übrigens die einzige Fraktion, die sein Angebot zu einem „Kennerlern“-Gespräch angenommen haben. Bleibt abzuwarten, wie das ausgeht.

Über die Sitzung des Kreistages vom 28. September aus der Sicht unserer Fraktion werde ich in der Oktober-Ausgabe der LinksWorte berichten.

aktuelles aus dem landratsamt

Einwohnerfragestunde im Kreistag

Der Landkreis Mittelsachsen baut die Möglichkeiten zur Einreichung von Einwohneranfragen aus.

Für die Einwohnerfragestunde des Kreistages können schriftliche Einwohneranfragen ab sofort auch über die Internetseite des Landkreises unter www.landkreis-mittelsachsen.de eingereicht werden. Bisher konnte man Einwohneranfragen nur mündlich während der Kreistagssitzung stellen oder vorab per E-Mail oder Post einreichen. Das Online-Formular soll die Bürger bei der Einreichung ihrer Anfrage unterstützen. Einzelne Felder sollen bei der Orientierung helfen. „Nicht jeder hat den Mut, einfach so eine Anfrage zu starten. Mit Unterstützung sieht das vielleicht anders aus“, erklärt Landrat Neubauer. Eine Einwohneranfrage können alle Einwohner des Landkreises stellen. Berechtigt sind darüber hinaus auch Vertreter von Bürgerinitiativen sowie Personen, die ein Grundstück oder ein Gewerbe im Landkreis besitzen.

„Mir ist die Einwohnerfragestunde sehr wichtig. Stellen Sie dem Kreistag Ihre Fragen zu allen Kreisangelegenheiten. Auch Anregungen und Vorschläge sind zulässig und gerne gesehen.“, ruft Landrat Neubauer auf. Zu den Anliegen nimmt in der Regel der Landrat oder ein von ihm Beauftragter Stellung. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, erhält die fragstellende Person zeitnah nach der Sitzung eine Antwort.

Um größtmögliche Transparenz zu schaffen, sollen alle Anfragen auf der Tagesordnung veröffentlicht werden, die rechtzeitig vor ihrem Versand vorliegen. Für die kommende Kreistagssitzung am 28. September 2022 betrifft das alle Anfragen, die bis zum 9. September 2022 eingehen.

„Anfragen, die zu einem späteren Zeitpunkt eingehen, werden selbstverständlich auch bearbeitet. Je mehr Zeit wir allerdings haben, umso eher können wir im Kreistag auch fundiert antworten.“, erläutert Landrat Neubauer.

Auch für Einwohneranfragen per E-Mail hat der Landkreis eine neue Anlaufstelle. Unter einwohnerfragestunde@landkreis-mittelsachsen.de können Einwohneranfragen ebenfalls eingereicht werden. „Und natürlich kann man seine Einwohneranfrage auch weiterhin mündlich in der Kreistagssitzung stellen oder vorab per Post einreichen.“, betont der Landrat.

Einwohneranfragen per Post sollten an folgende Adresse gerichtet werden:

Landratsamt Mittelsachsen
 Geschäftsstelle Kreistag
 Frauensteiner Straße 43
 09599 Freiberg

Unter der Telefonnummer 03731 799-3305 kann man zudem Unterstützung bei der Einreichung seiner Einwohneranfrage erhalten.

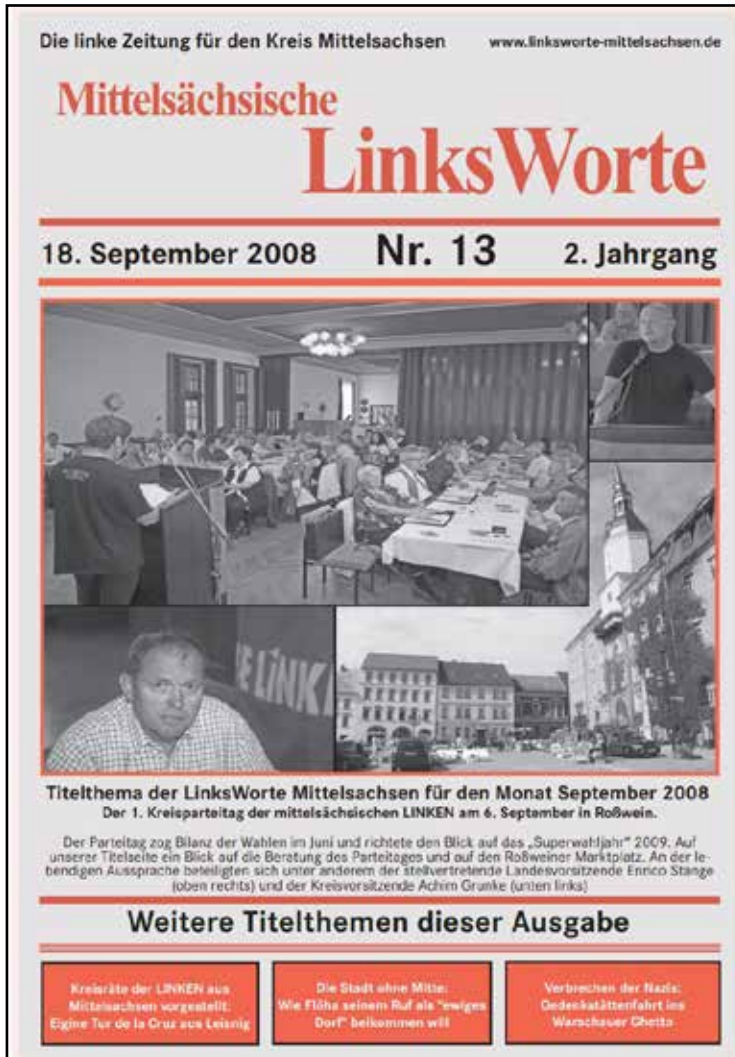
Schulsozialarbeit an 39 Einrichtungen

Damit der Schulstart oder der Schulwechsel – insbesondere auch der Wechsel von Grundschülerinnen und Grundschülern an die weiterführenden Schulen – gut gelingt, leisten Fachkräfte der Schulsozialarbeit pädagogische Unterstützung.

45 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind aktuell an insgesamt 39 Oberschulen, Schulen mit Förderschwerpunkten, Gymnasien und Grundschulen im Landkreis Mittelsachsen tätig. Die Gesamtkosten in Höhe von fast 2,6 Millionen Euro werden hauptsächlich durch Mittel des Freistaates in Höhe von etwa 2,4 Millionen Euro getragen, die weiteren Gelder kommen vom Landkreis, den Schulträgern und den freien Trägern selbst.

was geschah im kreisverband der mittelsächsischen linken vor 14 jahren ?

Im September des vergangenen Jahres haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte vor 14 Jahren berichteten. Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise war der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 neu gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Bereits Anfang 2007 trafen sich die drei Kreisvorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden der Kreistage, um über den Weg zur Kreisreform zu beraten. Im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz der Vorstand des Regionalverbundes gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden dann die Landrats- Kreistags- und Bürgermeisterwahlen statt. Heute informieren wir über die September-Ausgabe der LinksWorte des Jahres 2008. Schwerpunkt damals, wie der nebenstehenden Titelseite zu entnehmen ist: Der erste Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN am 6. September 2008 in Roßwein. Er stand - ausgesprochen oder unausgesprochen - unter dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Denn zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, dass Anfang Juni 2009 Europa- und Kommunalwahlen, Ende August Landtagswahlen und Ende September Bundestagswahlen über die Bühne gehen würden, ein echter Wahlmarathon also. Im Herbst 2008 standen wichtige politische Aktionen an, wie ein großer Protesttag „Bundeswehr raus aus Afghanis-



tan“, eine Rentenkampagne der LINKEN, der weitere Kampf gegen Hartz 4 und für einen Mindestlohn von 8 Euro sowie eine KiTa-Kampagne unter dem Motto „Gemeinsam spielend lernen!“.

Der Parteitag widmete sich einer Vielzahl vorliegender Anträge zum Entwurf einer Satzung des Kreisverbandes. Allein die den Delegierten vorgelegte Antragsammlung umfasste neun Seiten. Die neue Satzung wurde mit geringen Ergänzungen und Veränderungen von der überwiegenden Mehrheit der Delegierten

bestätigt. Bedingt durch den Parteiaustritt von drei vormaligen Mitgliedern des Kreisvorstandes musste dieser ergänzt werden. Nachgewählt wurde Michael Matthes zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden sowie Sylke Zehrfeld und Johannes Gyarmati zu Mitgliedern des Kreisvorstandes. Am Rande sei vermerkt, dass alle drei inzwischen aus der LINKEN ausgetreten sind. Es gab eine intensive Debatte zu Fehlern und Mängeln in der Wahlkampfführung

im Regionalverband, die bereits im Bericht des Kreisvorsitzenden Achim Grunke thematisiert worden war. Festgestellt wurde mehrfach, dass das Zusammenwachsen der drei ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida erst am Anfang stehe. Kritisch hinterfragt wurde in der Debatte vor allem ein Artikel in der August-Ausgabe der LinksWorte, in welchem über ein Gespräch unseres damaligen Redaktionsmitgliedes Michael Matthes mit Genossen Johannes Gyarmati nach den Kommunalwahlen und im Vorfeld des Wahlmarathons 2009 berichtet wurde (beide waren übrigens von der WASG zur LINKEN gekommen). Dort wurde u.a. scharfe, teils überzogene Kritik am Wahlkampf im Landes- und Kreisverband geäußert. Richtigerweise wurde aber gefordert, dass es Versäumnisse in der Formierung des Kreisverbandes und in der Wahlkampfführung gibt, schnellstens auszubügeln. Deutliche Kritik gab es auch am Einsatz der finanziellen Mittel des Regionalverbandes im Wahlkampf. Finanzieller Aufwand und politische Ergebnisse hätten in keinem Verhältnis zueinander gestanden. Mit Blick auf den Wahlmarathon im Jahr 2009 müssten die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden. In der August-Ausgabe 2008 informierten wir über die Konstituierung der 19-köpfigen Kreistagsfraktion der LINKEN. In unserer September-Ausgabe berichteten wir dann über die Konstituierung des neuen Kreistages und die Verpflichtung der 98 gewählten Kreisrätinnen und Kreisräte am 21. August. Für den 18. September 2008 wurde die nächste Sitzung des Kreistages angekündigt. Die Linksfraktion hatte sich während einer Fraktionsberatung am 10. September intensiv auf diese Beratung vorbereitet, auf der wichtige Entscheidungen zu treffen waren. Darunter die Entschädigungssatzung der Kreisrätinnen und Kreisräte und Entscheidungen zur Ausstattung der Fraktionen mit Finanzmitteln für Sach- und Personalkosten.



Fototermin vor der Konstituierung des neuen Kreistages am 21. August 2008. Der Fraktionsvorsitzende **JENS STAHLMANN**, sein Stellvertreter **PETER KRAUSE** und Kreisrat **ACHIM GRUNKE**, Vorsitzender des Kreisverbandes.



Im September 2008 vorgestellt: Die Kreisrätin der LINKEN **ELGINE DE LA CRUZ** aus Leisnig.

Unter der Überschrift „Flöha - eine Stadt sucht und findet ihre Mitte - hoffentlich!“ stellten wir in unserer September-Ausgabe 2008 das Gesamtprogramm für eine „neue Mitte“ von Flöha vor. Das nebenstehende



Foto stellten wir damals unter die Überschrift „Noch braucht es viel Fantasie, aber hier soll und wird sie entstehen: die neue Mitte von Flöha mit Handelszentrum, Marktplatz, Mehr-Generationen-Bebauung und Gastronomie“. Inzwischen hat sich viel getan, wir waren als Kreisverband der LINKEN mehrfach Gast im ehemaligen Wasserbau der Alten Baumwolle. Die „neue Mitte“ von Flöha nimmt Konturen an.

heißer herbst gegen soziale kälte !

Er wird das bestimmende Thema der kommenden Wochen und Monate: Der „heiße Herbst gegen soziale Kälte“. Auf dieser Seite dokumentieren wir die Schwerpunkte des Aufrufs der LINKEN, der auf der Startseite des Internetauftritts veröffentlicht ist. Dort kann man sich direkt zur Unterschrift unter diesen Aufruf „durchklicken“. Am 5. September fand eine Beratung mit den Ortsvorsitzenden und am 6. September die Beratung des Kreisvorstandes statt. Auf beiden Beratungen stand der heiße Herbst im Mittelpunkt der Beratungen. Die Pressemitteilung, welche die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta dazu abgab, ist nebenstehend nachzulesen.

Aufruf unterschreiben !



Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Gleichzeitig machen viele Konzerne mit Krieg und Krise horrende Profite. Der Club der Reichen wird größer, während immer mehr arm werden. Manche gewinnen immer, wenn die Regeln nicht geändert werden. **Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein.** Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und die Ungleichheit zurückdrängt.

Was jetzt passieren muss

- Luxusleben? Nein! Niemand darf Angst vor zu hohen Gaspreisen haben. **DIE LINKE fordert, die Gaspreise zu deckeln.**
- Luxusartikel? Nein! Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben. **DIE LINKE fordert die gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.**
- Luxusobjekt? Nein! Niemand darf im Dunkeln sitzen. **DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren und die Besteuerung der Übergewinne der Energiekonzerne.**
- Luxusreise? Nein! Alle sollen ihre Ziele erreichen können. **DIE LINKE fordert: Mobilität darf kein Luxus sein.**

Deshalb unsere Forderungen

1. Die Menschen entlasten

Sozialer Klimabonus von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt).

1. Konzerne und Superreiche besteuern

Die Lasten gerecht verteilen. Die Extragewinne der Konzerne in der Krise müssen extra besteuert werden, eine einmalige Vermögensabgabe muss eingeführt werden.

1. Die Preise deckeln

Die Preise für Strom und Gas staatlich regeln! Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teuer

1. Klima- und Verkehrswende

Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand. **Der ÖPNV wird schrittweise kostenfrei**, Bus und Bahn bauen wir aus.

„Heißer Herbst“-Aktionen der LINKEN auch in Mittelsachsen

Die LINKE startet erfolgreich in den sogenannten „Heißen Herbst“ und bringt den Protest für eine sozialere Politik gegen die Auswirkungen der Energiekrise nun in die Fläche. Nach dem gelungenen Auftakt des sogenannten „Heißen Herbst“ in Leipzig am 05.09.2022 sind auch zahlreiche Air-Frame-Aktionen der LINKEN in Mittelsachsen angemeldet.

Folgende Aktionstage sind geplant:

Mittwoch, 14.09.2022

auf den Märkten in Leisnig (9-11 Uhr) und Waldheim (12-14 Uhr)

Donnerstag, 29.09.2022

auf dem Markt in Mittweida (9-11 Uhr) und auf der Petersstraße in Freiberg (13-16 Uhr)

Mittwoch, 05.10.2022

auf dem Obermarkt in Döbeln (9-11 Uhr) und auf dem Markt in Rochlitz (13-15 Uhr)

Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta sagt dazu: „Durch die aktuellen Preissteigerungen in allen Bereichen drohen die schlimmsten sozialen Verwerfungen seit Jahrzehnten. Viele Bürger*innen können sich das Leben derzeit nicht mehr leisten und müssen um ihre Existenz bangen. Daran hat die Bundesregierung mit ihrem zögerlichen Handeln und ihrer unsozialen Politik maßgeblichen Anteil. Dies bestätigt sich auch noch einmal durch das dritte Entlastungspaket, was allerhöchstens ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Das werden wir nicht hinnehmen. Nach dem erfolgreichen Start des Heißen Herbstes in Leipzig legen wir in Mittelsachsen nach. An drei Tagen organisieren wir an sechs verschiedenen Orten in Mittelsachsen Proteste. Wir fordern ein wirksames Entlastungspaket für mittlere und untere Einkommen, die Besteuerung von Übergewinnen, einen Gas- und Strompreisdeckel sowie die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Dabei ist für uns klar, dass wir nicht gemeinsam mit Rechten demonstrieren werden und uns deutlich von Antidemokrat*innen abgrenzen, die diese Proteste unterlaufen wollen.“

Zweiter Runder Tisch

In unserer Juli-Ausgabe berichteten wir unter der Überschrift „Runder Tisch zur Reaktivierung der Bahnstrecke von Döbeln nach Meißen“, über eine Veranstaltung, die am 6. Juli stattfand. Für September wurde ein weiteres Treffen vereinbart.

Jetzt hat die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta die Einladung zum zweiten Runden Tisch am 14. Juli versendet: Darin heißt es u.a. „Im Rahmen des ersten Runden Tisches am 06.07.2022 bestätigte sich der Wunsch einer Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Döbeln und Meißen sowie das Anliegen einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit zur Planung einer gemeinsamen Aktion, welche der Forderung einer Wiederbelebung Nachdruck verleihen soll. Zum Sachverhalt wurde durch mich im Landtage eine kleine Anfrage eingereicht, um die finanziellen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen abzuklären. Anschließend folgte die Erstellung einer Petition, welche sowohl das Anliegen beschreibt als auch fachspezifische Lösungen und Argumente für eine Reaktivierung der Bahnstrecke beinhaltet. Um daraufhin Bürger:innen aus der Umgebung sowie andere Interessierte und Unterstützer:innen mit einzubeziehen, planen wir eine gemeinsame Aktion am 08. Oktober 2022, welche das Ansinnen der Wiederbelebung der Bahnverbindung unterstreichen und Aufmerksamkeit für diesen Wunsch generieren soll. Für die weitere Planung hoffe ich auf Ihre Mitarbeit und lade Sie dazu recht herzlich zu einem zweiten Runden Tisch nach Roßwein ein.“

zukunftsweite ohne plan



Von **VOLKER HOLUSCHA**,
Oberbürgermeister von Flöha,
Kreisrat der LINKEN

Am 27. März verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz, angesichts des Überfalls Russland auf die Ukraine im Deutschen Bundestag, dass Deutschland und Europa gerade eine Zukunftswende erleben. Dass diese Zukunftswende herausfordern und anspruchsvoll für die gesamte Gesellschaft werden wird, war glaube ich den meisten Menschen bewusst. Jedoch scheint unsere Bundesregierung an diesem radikalen politischen, ökonomischen und sozialen Wendepunkt den Kurs verloren zu haben, wenn es denn je einen gab. Es wird zunehmend deutlich, dass die Energiepreise für Bürger, Unternehmen und Kommunen bedrohliche Ausmaße annehmen. Die staatlich veranlasste Gasumlage zur Rettung der Energieversorger, wird als alternativlos bezeichnet. Angesichts der massiven Probleme im Zuge des Krieges in der Ukraine und der folgenreichen Sanktionen gegen die Russische Föderation kann man zu diesem Schluss kommen. Doch darf man auch die Frage stellen, ob die politisch Verantwortlichen in Brüssel und Berlin ihre Außen- und Sicherheitspolitik und Sanktionsstrategie gegen den russischen Präsidenten bis zu Ende gedacht haben. Es verstärkt sich bei den Menschen der Eindruck, dass sich diese Null-Gespräche- und Sanktionspolitik gegenüber dem russischen Aggressor zum Bumerang für die europäische Versorgungssicherheit entwickelt. Und es drängt sich in Deutschland die Frage auf, wer die industrielle Wertschöpfung in unserem Land und Millionen von Arbeitsplätzen noch sichert. Wer gibt die Gewähr dafür, dass in den nächsten Monaten und Jahren die Versorgung mit Wärme, Strom und dem gesamten Lebensbedarf überhaupt noch bezahlbar bleibt?

Unsere derzeitige Regierung zeichnet sich durch eine erschreckende Vielsprachigkeit mit teilweise sich widersprechenden Konzepten aus. Der Bundesfinanzminister beharrt einerseits auf der Einhaltung der Schuldenbremse. Der Bundeskanzler kündigt andererseits weitere bisher unkonkrete Entlastungspakete für die Bevölkerung an. Die Medien überschlagen sich mit unterschiedlichsten, Schreckensnachrichten und für jedes Krisenszenario tauchen immer neue Experten auf. Das verunsichert die Bevölkerung und die Wirtschaft. Sie werden orientierungslos zurückgelassen. Dabei drängt die Zeit bis zur beginnenden Heizperiode.

Viele Maßnahmen, die der Versorgungssicherheit und der Begrenzung der Kosten dienen, sind zu angesichts der Preisentwicklung und auch der Energiewende sicher notwendig. Flöha hat über sein städtisches Energiemanagement bereits seit 2015 seine Verbraucherkosten bei öffentlichen Gebäuden und technischen Einrichtung um 40 Prozent reduzieren können. Weitere maßvolle und vertretbare Einsparmaßnahmen bei Verbräuchen werden in ihrer Wirksamkeit derzeit überprüft. Alle öffentlichen Bereiche und die Wirtschaft setzen auch sehr verantwortungsvoll weitere machbare und sinnvolle Schritte hierbei um. Auch bei vielen Privathaushalten steigt das Bewusstsein der Kostenre-

duzierung im Energiebereich. Aber vor allem muss doch unserer Bundespolitik endlich dem derzeitigen Krisenmodus angepasst und neu ausgerichtet werden. Der Ausstieg aus russischem Gasexporten kann nur langfristig angelegt sein und mit umweltfreundlichen Alternativen zur Energieerzeugung kompensiert werden. Genau das meint der Sächsische Ministerpräsident mit einer Neujustierung unserer Energiepolitik. Panische Zukäufe von Brennstoffen aus Ländern die vor Monaten für unsere Wertegemeinschaft undenkbar waren oder von umweltschädlicher Fördertechnologie wie das Fracking, sind unserer Gesellschaft nicht würdig und zeugen von wenig Nachhaltigkeit. Im Gegenzug wird eine mit milliardenschweren Steuergeldern errichtete Gasleitung aus Sanktionsgründen gar nicht erst in Betrieb genommen. Das zeugt von keiner klaren Krisenstrategie.

Natürlich haben Europa und insbesondere Deutschland im Rahmen der Globalisierung sich auch von Russlands Gaslieferungen wirtschaftlich stark abhängig gemacht. Die Diskussionen über vermeintliche politische Fehler sind in der jetzigen Situation weder hilfreich noch ehrlich. Denn alle bisherigen fünf Regierungsparteien der letzten dreißig Jahre haben diese Entwicklung mitgetragen. Und liegt es doch in der Natur der Verflechtung des globalen Welthandels, angesichts der sich stets beschleunigten Industrialisierung, auch mit Ländern und Regierungen die unsere demokratischen Werte nicht teilen Handel zu treiben. Nicht nur mit Russland. Politische Konflikte oder territoriale Auseinandersetzungen zwischen den Handelsnationen führten historisch rückblickend dann immer zu Verwerfungen. Diese politischen oder militärischen Konflikte jedoch mit Sanktionen lösen zu wollen, unter dem Risiko des Opfern der wirtschaftlichen Zukunft und des sozialen Friedens im eigenen Land, halte ich für nicht zielführend und sehr gefährlich.

In der jetzigen Situation scheint die Ausrufung des nationalen Energienotstandes und eine Preiskontrolle bei der Entwicklung der Marktpreise unausweichlich. Es kann nicht sein, dass die Strompreise schneller als die Gaspreise steigen, obwohl nur ein geringerer Teil des Gases zur Stromproduktion verwendet wird. Es darf auch nicht möglich sein, dass Mineralöl- und Energiekonzerne aus dieser Krise Riesengewinne abschöpfen. Eine solidarische Gewinnabgabe ist das Mindeste was die Profiteure dieser Krise unserer Gesellschaft schuldig sind. Und auch der Staat hat doch durch die derzeitigen inflationären Preisentwicklungen immense Steuererhöhungen verbucht. Die Endverbraucher müssen durch die Vervielfachung der Preise bei Wärme, Energie und Gaskunden mit der verkündeten Gasumlage rechnen. Gerade Menschen mit mittlerem oder geringem Einkommen sorgen sich um ihre soziale Sicherheit und der gesamte Mittelstand sieht sich in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht. Wie sich die derzeitige Entwicklung der Energiepreise auf die Betriebskosten der kommunalen Grundstücke und Gebäude auswirkt ist noch nicht absehbar. Es wird aber deutlich, dass für die steigenden Ausgaben bei sozialen Transferleistungen in den Landkreisen, aufgrund steigender Bedürftigkeit, auch die Städte und Gemeinden über die jährliche Kreisumlage stärker zur Kasse gebeten werden. Die Betriebskosten von Kindereinrichtungen sind beispielsweise ein wesentlicher Faktor der Berechnung künftiger Elternbeiträge. Hier braucht es schnelle und klare Signale von der Bundesregierung und dem Freistaat, um Familien und Träger dieser Einrichtungen spürbar und zielgenau zu entlasten. Zahlreiche freiwillige Sozialleistungen der Städte und Gemeinden werden kaum noch finanzierbar sein. So ist der von der Sächsischen Staatskanzlei für September angekündigte „Energiegipfel“ mit Vertretern aus Wirtschaft, kommunalen Spitzenverbänden, Sozialverbänden und Verbraucherzentralen genau das richtige Signal, den Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass ihre Ängste ernst genommen werden und sich mit wirksamen Hilfen beschäftigt wird.

Die Bundesregierung muss hingegen ihre derzeitige Krisenstrategie schnellstens überdenken und im Interesse Deutschlands und Europa endlich für die Gesellschaft erklärbare und tragbare Konzepte zur Bewältigung dieser dramatischen Entwicklung auf den Weg bringen!

Christopher Street Day in Frankenberg

Von **ATTILA GRAFE**

Am 14.08. fand in Frankenberg der erste Christopher Street Day (CSD) statt. Dieser stellt eine Besonderheit dar, da die meisten Paraden in großen Städten stattfinden. Am Bahnhof Frankenberg startete 14:00 Uhr der Demozug mit ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Demonstrationsroute umfasste die Lützelhöhe, das Neubaugebiet und führte durch die Stadt zum Marktplatz. Auf der Strecke

gab es vereinzelt Anzeigen gegen Passanten, welche durch aggressives Verhalten uns gegenüber aufgefallen waren. Allerdings blieb es bei verbalen Anfeindungen, weshalb der Demonstrationzug zu keinem Zeitpunkt gefährdet wurde. Auch „Fridays for Future Chemnitz“ war anwesend und mit einem Redebeitrag vertreten. Auf dem Marktplatz fand eine Abschlusskundgebung mit drei Infoständen statt, es gab Infomaterial der Linksjugend, der Aidshilfe Chemnitz und Aufstehen gegen Rassismus, sowie Different People e.V. Vereinzelt kamen auch interessierte Personen zu den Ständen und erkundigten sich. Der CSD war ein Erfolg und konnte viele Menschen erreichen.



energiekrise: konsum- und wegwerfgesellschaft am scheideweg?

von ACHIM GRUNKE

Schon 2021 kündigte sich die Energiekrise an, als es etwa im „Handelsblatt“ vom 26. Oktober hieß: *„Strom, Gas und Öl werden deutlich teurer - und das nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Die Energiekrise trifft uns dabei nicht nur individuell. Auch Unternehmen, die Infrastruktur, die Finanzmärkte und unser Wirtschaftssystem als Ganzes sind betroffen.“* Seit dem Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die Energiekrise noch mal drastisch verschärft. Kurzsichtige und realitätsfremde Debatten über ein Gas- und Öl-Embargo westlicher Staaten gegenüber Russland als Reaktion auf den Aggressionskrieg und die Rückwirkungen der Sanktionspolitik gegen Russland haben die Energiepreise noch mal weiter ansteigen lassen.

Von Energiesparen ist jetzt fortlaufend die Rede und obskure Sprüche wie „Frieren für die Freiheit“ machen die Runde. Beklagt wird auch, dass die Umstellung der Energieversorgung durch nachhaltige Energien aus Wind, Sonne und Co. zu spät eingeleitet wurde und man sich nun in einer Zwickmühle befinde, weil diese Transformation nicht in einer Halbjahresfrist zu bewerkstelligen sei.

Umfassende Transformation erforderlich

Wenn jetzt das große Wort von einer Transformation geschwungen wird, ist meist nur der Umbau der Energieversorgung gemeint, nicht aber der Umbau der gesamten Wirtschafts- und Lebensweise der westlich-kapitalistischen Gesellschaft. Aber gerade diese Wirtschafts- und Lebensweise, insbesondere all das, was sich mit den Begriffen der westlichen Konsum-, Überfluss- und Wegwerfgesellschaft verbindet, steht in der jetzigen Energiekrise auf dem Prüfstand. Bedeutet doch ein Überfluss an produzierten Gütern und Leistungen und deren nachfolgende Entsorgung einen immensen unnötigen Verbrauch an Energie und Ressourcen.

Schon 2009 nach der großen Finanzkrise schrieben Leggewie und Welzer in ihrem Buch *„Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“*: *„Im Hintergrund der Welt, wie wir sie kannten, türmen sich seit Jahrzehnten Megakrisen auf, die wir nur deshalb ignorieren können, weil unsere komfortablen Lebensumstände die Illusion befördern, alles werde schon irgendwie gut ausgehen. Tatsächlich signalisieren Klimawandel, schwindende Energieressourcen, Umweltverschmutzung, Ernährungskrisen und das Wachstum der Bevölkerung die Endlichkeit unseres Lebensstils. Wir erleben, wie unsere Lebensgewohnheiten die Funktionsgrenzen der kapitalistischen Wirtschaftsform überschreiten, und die Finanzkrise zeigt, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und wird. Sind die Demokratien des Westens fähig, sich so zu modernisieren, dass sie zukunftsfähig werden? Ist es möglich, das erreichte Niveau dafür zu nutzen, eine Form des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln, die nicht auf Wachstum, sondern auf Gerechtigkeit und Lebensqualität setzt? Erst das Ende der Illusion, dass unser Erfolgsmodell auch unter den Bedingungen einer globalisierten Welt funktioniert, bietet Chancen auf eine Zukunft der Demokratie.“*

Auswüchse der Konsum- und Wegwerfgesellschaft

In Statistiken ist nachzulesen, dass in den Industrienationen über 40% der Lebensmittel im Handel oder beim Verbraucher nicht verzehrt, sondern wegge-

worfen werden, wengleich die Lebensmittel in der Regel noch genießbar sind. Diese Verschwendung geschieht, obwohl immer deutlicher wird, dass die Ressourcen auf der Erde endlich sind und knapper werden. Andererseits jedoch hungern rund 800 Millionen Menschen auf der Welt und sind unterernährt. Weltweit werden jährlich über 400 Milliarden Euro für Werbung ausgegeben, wo es darum geht, Kaufanreize zu fördern und im globalen Wettbewerb Umsätze zu steigern, Gewinne und Wachstum für ein Unternehmen und für eine Volkswirtschaft zu erzielen. Jedoch: Werbung in ihren heutigen Dimensionen verschlingt auch ein gebühliches Ausmaß an Energie und Ressourcen.

„Werbung ist in der industriekapitalistischen Wirtschaft zu einem universalen Einsatzmittel geworden (in Zeiten vor der Massenproduktion gab es keine Werbung). Sie hat - vermittelt durch ein Heer aus Handels-, Werbe-, Marketing-, Design- und Kommunikationsexperten - in fast alle Nischen der Konsumgesellschaft Einzug gehalten. Sie lauert in Zeitungen und Zeitschriften, auf Plakatwänden und Litfaßsäulen, in Taxis, Bussen, S- und U-Bahnen, an der Supermarktkasse, beim Friseur, bei Sport- und Freizeitveranstaltungen, im Radio, Fernsehen, Kino, Internet etc. und versucht Blicke zu erheischen, in die Hirne der Massen zu kriechen, die Massen zu überzeugen, sie an Produkte oder Marken zu binden, sie zu verführen, zu verdinglichen, zu manipulieren eigentlich.“ (Oliver Stengel: Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, <https://dnb.info/1049839897/34>)

Verschwendung an Ressourcen und Energie bringt auch der Internethandel mit sich, der weltweit zugenommen hat. Laut einer Studie von UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung) entfielen 2020 im Einzelhandel 19% der Umsätze auf den Internethandel. Der Internethandel verschlingt Unmengen an Verpackungsmaterial, was am Ende als Verpackungsmüll wieder mit Energieaufwand recycelt werden muss. Doch das ist nicht alles. Wie Wirtschaftswissenschaftler der Universität Bamberg ermittelten, landeten 2018 etwa 20 Millionen zurückgeschickte Artikel (ca. 12% aller Artikel) im Müll. Bei Modeartikeln lag die Rücksendequote mit etwa 40% der Waren besonders hoch. Als Müll entsorgt wurde zwar vorwiegend Kleidung, aber auch Elektro- und Freizeitartikel, Möbel und Haushaltswaren sowie Produkte des täglichen Bedarfs. Die Ware zu entsorgen sei günstiger und bedeute viel weniger Aufwand, so die Aussagen in der Umfrage. Rund eine Million Artikel wurden laut der veröffentlichten Studie aber nur entsorgt, weil es die Marken- oder Patentinhaber den Händlern so vorschrieben. (Handelsblatt vom 9.10.2019)

Thematisiert wurde auch der gezielte Verschleiß von Produkten gerade so über die gesetzliche Mindestlebensdauer von zwei Jahren, sodass die Gewährleistungspflicht nicht mehr greift, um so den Neukauf von Produkten zu beschleunigen. Wie Untersuchungen zeigten, ließ sich aber nur schwer nachweisen, dass eine Lebenszeitverkürzung durch die Produkthersteller gezielt erfolge.

Kritik und Alternativen

Die Kritik an der Konsum- und Wegwerfgesellschaft ist nicht erst in den letzten Jahrzehnten erwacht. So äußerte Heinrich Böll sein Unbehagen über Kommerz

und Konsum in seiner 1957 verfassten Kurzgeschichte „Der Wegwerfer“.

Der Sozialpsychologe Erich Fromm beschreibt in seiner bekannt gewordenen Schrift „Haben oder Sein“ von 1976 die westliche Gesellschaft, die aus seiner Sicht zunehmend vom Streben nach Besitz, vom fassadenhaften, markt- und konsumorientierten „Haben“ dominiert wird. Dem stellt er die Geisteshaltung des seelischen „Seins“ gegenüber, eine Haltung, in der Besitztümer keine Rolle spielen. Während bis zum Ende des Ersten Weltkriegs man etwas gekauft habe, um es zu behalten, kaufe man heute, um wegzuzwerfen.

In der Vergangenheit hatte die katholische Kirche bei verschiedenen Gelegenheiten die herrschende Konsumorientierung und den Umgang mit der göttlichen Schöpfung angeklagt. Eine Zusammenfassung und einen Höhepunkt dieser Kritik erfolgte in der unter Papst Franziskus 2015 veröffentlichten Umweltenzyklika „Laudato si“ (Gelobt seist du). Die Enzyklika unterzog die konsumtiven Lebensstile der wohlhabenden Nationen einer scharfen Kritik, wollte aber auch aus der Natur des Menschen und aus einem Bewusstseinswandel erwachsende Anzeichen einer Umkehr entdecken. Ein Unterabschnitt trug die Überschrift „Verschmutzung, Abfall und Wegwerfkultur“.

Im Gefolge der Industriegesellschaft und des wachsenden Wohlstands in den westlichen Gesellschaften hat das Wegwerfen zugenommen und beachtliche Ausmaße erreicht, sodass der Begriff der „Wegwerfgesellschaft“ entstand. „Wegwerfgesellschaft versteht man dabei am besten als extreme Erscheinungen und Auswüchse der Konsumgesellschaft. Es ist jeweils zu prüfen, welche Formen des Wegwerfens durch die Gesellschaft akzeptiert werden und welche die Gesellschaft ablehnt und zu unterbinden sucht. Eine Gesellschaft, in welcher nichts mehr weggeworfen wird, ist jedenfalls eine nicht einlösbare Utopie.“ (König: Geschichte der Wegwerfgesellschaft. Die Kehrseite des Konsums, F. Steiner Verlag 2019, S. 144)

Auswege aus der Wegwerfgesellschaft werden von zahlreichen Graswurzelinitiativen gesucht, wie etwa den „Tafeln“, um Bedürftige mit Lebensmitteln zu versorgen, die ansonsten weggeworfen würden, ebenso Tauschbörsen, Umsonstläden, Gebrauchtwarenmärkte usw.

Die bestehenden Graswurzelinitiativen haben eher eine symbolische Bedeutung, ein Potential zur gesellschaftlichen Verallgemeinerung besitzen diese Initiativen nicht. Auch in der Politik dominieren eher symbolische Handlungen gegen die Wegwerfgesellschaft, wenn etwa Trinkhalme aus Plastik verboten werden und die Verwendung von Plastiktüten begrenzt wird, das Problem „Plastik“ wird aber nicht grundsätzlich angegangen werde.

Eine Abkehr von der Wegwerfgesellschaft ließe sich in zwei einfache Handlungsanweisungen kleiden: (1) Weniger produzieren, konsumieren und wegwerfen sowie (2) Produkte länger nutzen. Die Hersteller könnten ihre Produkte haltbarer herstellen, ihre Garantiezeiten verlängern und Reparaturen erleichtern. Reparaturdienste und Reparaturberufe wie Schneider und Schuster wären zu fördern. Dagegen sind Umtauschaktionen Alt gegen Neu, wie sie in der Automobilindustrie durchgeführt wurden, kontraproduktiv. Bei der Produktion der Neuwagen wird die Umwelt in der Regel mehr belastet als durch die Altwagen in den Restlaufzeiten. (Vgl. König: Geschichte der Wegwerfgesellschaft, S. 146f)

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 7. September in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Es wurden folgende Schwerpunktthemen behandelt:

■ Aktuelle Informationen der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta. Als Termine für die Kreisvorstandssitzungen im IV.Quartal wurden der 5. Oktober und der 2. November festgelegt. Die traditionelle Sitzung in Dresden mit Besuch einer Plenarsitzung des Landtages wird am 15. oder 16. Dezember stattfinden. Weiterhin schlug Marika Tändler-Walenta vor, den nächsten Kreisparteitag nicht im Herbst 2022, sondern erst im Februar des kommenden Jahres durchzuführen und sich in der politischen Arbeit bis Ende dieses Jahres auf den "Heißen Herbst" zu konzentrieren. Außerdem informierte sie über ihre Eindrücke von der Montags-Demo in Leipzig am 5. September und die Beratung mit den Ortsvorsitzenden am 6. September.

■ Es wurden die Regionalkonferenzen in Döbeln, Freiberg und Mittweida am 15., 17. und 18. August ausgewertet, zu denen die Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte der LINKEN eingeladen waren. (siehe dazu unseren Bericht in Wort und Bild auf Seite -4- dieser Ausgabe der LinksWorte). Marika Tändler-Walenta hob vor allem die entspannt-konstruktive Atmosphäre der Beratungen hervor. Sie habe wertvolle Anregungen für die Organisation der Arbeit in den kommenden Wochen erhalten.

■ Es wurde über den "Heißen Herbst" und in diesem Zusammenhang über die möglichen Bündnispartner für Aktionen für eine sozialere Politik gegen die Auswirkungen der Energiekrise beraten. Am 14. und 29. September sowie am 5. Oktober werden in Leisnig, Waldheim, Mittweida, Freiberg, Döbeln und Rochlitz Air-Frame-Aktionen durchgeführt (ausführliche Informationen dazu auf Seite -8-). Marika Tändler-Walenta geht davon aus, dass es gelingen wird, unter den gegebenen Bedingungen ein breites Bündnis mit Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden in Mittelsachsen für soziale Sicherheit organisieren zu können. Höhepunkt könnte eine Kundgebung in Freiberg Anfang Dezember sein.

■ Bestätigt wurde die Durchführung einer Sensibilisierungsveranstaltung zum Thema "sexualisierte Gewalt" am 27. September in der Kreisgeschäftsstelle Freiberg.

■ Der Kreisvorstand debattierte über die aktuelle Finanzlage des Kreisverbandes nach Abschluss der Landratswahlen und mit Blick auf das Jahr 2023. In diesem Zusammenhang wurde darüber informiert, dass der Landesparteitag am 5. November ein neues Finanzkonzept beschließen wird. Es wurde festgelegt, zur aktuellen Finanzlage des Kreisverbandes in der Sitzung am 5. Oktober im Bürgerbüro Döbeln eine weitere Verständigung durchzuführen und den Finanzplan 2023 am 2. November zu beraten und zu bestätigen.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Oktober 2022 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

INGEBORG THOMAS	geb. am 01.10.1938,	in	Brand-Erbisdorf
MANFRED KUNZE	geb. am 02.10.1931,	in	Hainichen
PETER KACZMAREK	geb. am 03.10.1937,	in	Leisnig
RENATE FROST	geb. am 13.10.1932,	in	Halsbrücke
GÜNTHER ZINKE	geb. am 17.10.1929,	in	Mittweida
HERBERT SCHUBERT	geb. am 24.10.1938,	in	Freiberg
WERNER GRIESBACH	geb. am 27.10.1951,	in	Brand-Erbisdorf
LOTHAR WAGLER	geb. am 28.10.1938,	in	Freiberg
JOHANNES KRETZER	geb. am 29.10.1938,	in	Freiberg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im september 2022

07.09. 1822: Unabhängigkeit Brasiliens	30.09. 1947: Gründungsversammlung des Komminform (Kommunistisches Informationsbüro) in Moskau
13.09. 1872: LUDWIG FEUERBACH gestorben	10.09. 1952: Luxemburger Abkommen über globale Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik an Israel und die Jewish Claims Conference
01.09. 2022: Beginn der britischen Mandats Herrschaft in Palästina	06.09. 1962: Hanns Eisler verstorben
02.09. 1922: Reichspräsident FRIEDRICH EBERT (MSDP) erklärt das Deutschlandlied offiziell zur Nationalhymne des Deutschen Reiches	05.09. 1972: Münchner Olympia-Attentat
07.09. 1922: Grundsteinlegung für die zukünftige brasilianische Hauptstadt Brasilia	14.09.1972: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Polen
17.09. 1922: António Agostinio - erster Präsident Angolas - geboren	16.09. 1982: Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila
16. - 19.09. 2022: Erste internationale Konferenz der linkskommunistischen Kindergruppenbewegung in Berlin	03.09. 1992: Vereinbarung in Genf über die Chemiewaffenkonvention zum Verbot aller chemischer Waffen (in Kraft seit 29. April 1997)
24. 09. 2022: Gemeinsamer Parteitag von SPD und (Rest-) USPD, Wiedervereinigung	04.09. 2002: Bekanntgabe der „Bush-Doktrin“ über Präventivschläge gegen terrorverdächtige Staaten
27.09. 2022: Gründung einer neuen unabhängigen sozialdemokratischen Partei (JUSPD) durch Theodor Liebknecht und Georg Ledebur	22.09. 2002. Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen. Verlust der Fraktion, nur zwei Abgeordnete
27.09. 1942: THOMAS MANN spricht in der BBC-Sendung „Deutsche Hörer!“ über den systematischen Massenmord an Juden	

NACH (DENKENS)WERTES

Krieg - Ultima Irratio.

Willy Brandt Politiker

Wer die Enge seiner Heimat begreifen will, der reise.

Kurt Tucholsky Schriftsteller

terminübersicht

September 2022:

- 06.09. 18:00 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 07.09. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle, Freiberg, Lange Straße 34
13. - 26.09. Mitgliederentscheid über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)
- 14.09. 09:00 Uhr Markt Leisnig
12:00 Uhr Markt Waldheim
Air-Frame-Aktion „Heißer Herbst“
- 29.09. 09:00 Uhr Markt Mittweida
13:00 Uhr Petersstraße Freiberg
Air-Frame-Aktion „Heißer Herbst“

Oktober 2022

- 05.10. 09:00 Uhr Obermarkt Döbeln
13:00 Uhr Markt Rochlitz
Air-Frame-Aktion „Heißer Herbst“
- 05.10. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1 a

Mitgliederentscheid

Soll DIE LINKE das bedingungslose Grundeinkommen in ihre politische Programmatik aufnehmen?

DIE LINKE ist die erste Parlamentspartei, die ihre Mitglieder unmittelbar über ein Sachthema entscheiden lässt. Ab dem 13. September kann bis zum 26. September über die Aufnahme des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in die politische Programmatik der LINKEN abgestimmt werden. Alle Genossinnen und Genossen sind aufgefordert, ihr Mitglieder-recht wahrzunehmen und sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Die Debatte über das BGE wird in der LINKEN seit der Gründung geführt. Befürworter*innen (vor allem die Bundesarbeitsgemeinschaft BGE) und Gegner*innen (die Bundesarbeitsgemeinschaften Betrieb&Gewerkschaft, Hartz IV und Sozialistische Linke) haben umfangreiche Argumente formuliert und ausgetauscht. Ihre Positionen wurden in zwei Broschüren zusammengefasst. Man findet sie dokumentiert und begründet unter

<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/mitgliederentscheid/>



VOLKER MEUTZNER war seit 1999 Mitglied im Stadtrat Freiberg

Nach der letzten Kommunalwahl bat er darum, Mitglied unserer Fraktion zu werden, da die FDP-Mitglieder der alten Fraktion von der CDU gern angenommen wurden. Eigentlich wollte Stadtrat Meutzner aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat an den Zweitplatzierten von Haus/Grund abtreten. Das wurde anders, er behielt es und wurde Teil unserer Fraktion. Stadtrat Volker Meutzner war ein sehr streitbarer, zielstrebig, an den Tatsachen verharrender, nie aufgebender, sozial denkender, zuletzt sehr hilfebedürftiger Einwohner Freibergs. Er informierte sich tagaktuell über Freiburger Probleme, über sächsische Aktivitäten, bereitete sich sehr zielstrebig auf die Beratungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse vor. Seine sorgsam gesammelten Stadtratsunterlagen nutzte er, um dazu Fragen sehr konkret zu stellen und Antworten herauszufordern. Stadtrat Meutzner war ein Gewinn für unsere Fraktion, eigentlich auch für den gesamten Stadtrat.

Er erwarb sich große Verdienste bei der Erarbeitung eines qualifizierten Mietspiegels für die Stadt Freiberg, das aber nicht als Stadtrat sondern als Vertreter der Vermieter- als langjähriger Vorsitzender des Vereins Haus/Grund Freiberg. Wir werden uns gern an Volker Meutzner und seine besondere Art erinnern.

Seiner Familie versichern wir unsere aufrichtige Anteilnahme.

Dr. **RUTH KRETZER-BRAUN** Vorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat Freiberg

Dr. **RUTH KRETZER-BRAUN** Vorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat Freiberg

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

JOHANNES LÜTZNER
ROSEMARIE BODE
GERLINDE WÖLLNER

Burgstädt
Geringswalde
Freiberg

Wir werden ihr stets unser ehrendes Andenken bewahren.

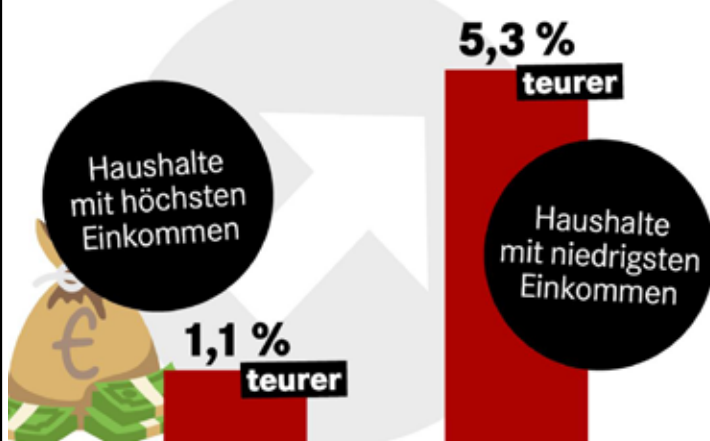
Stoppt den Krieg!

**Abrüstung und Verhandlungen
statt Militarismus**

DIE LINKE.

Ungleiche Inflation

So viel teurer ist das Leben für arme Haushalte und die oberen zehn Prozent



Einkommensschwächste vs. -stärkste Zehntel, Belastung = höhere Ausgaben 2022 ggü. 2021 in % des Nettohaushaltseinkommens bei Jahresinflation von 7,1% (ohne Maßnahmen). | Quelle: DIW ECON: Belastung einkommensschwacher Haushalte durch die steigende Inflation. Kurzexpertise für die Diakonie Deutschland, 13. Juli 2022.

www.dielinke-sachsen.de